

FS-08 Frieden schaffen: Kooperative Sicherheit in Europa und auf globaler Ebene

Antragsteller*in: Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

1 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verursacht
2 millionenfaches
3 Leid, Massaker, Kriegsverbrechen, Tod und Verwüstung. Mit jedem Tag, den die
4 Angriffe
5 fortdauern, werden Menschen körperlich verletzt oder traumatisiert, viele sterben. Das
6 Risiko einer Ausweitung des Krieges auf andere Staaten oder einer weiteren Eskalation
7 wächst. Die weltweite Hungerkrise nimmt immer größere Ausmaße an.

6 **Vorbereitungen für Verhandlungen beginnen**

7 Die Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen hat dazu beigetragen, dass sie
8 den
9 Angriffen Russlands standhalten konnte, allerdings wurden weitere Gebiete - vor allem
10 im
11 Süden, aber auch im Osten - durch russische Truppen besetzt. Es ist zur Zeit nicht
12 absehbar,
13 inwieweit die Ukraine auch bei anhaltender Unterstützung durch Waffenlieferungen
14 diese und
15 alle anderen russischen Truppen aus dem Land drängen kann.
16 Während in Deutschland über die Waffenlieferungen viel informiert und diskutiert
17 wurde und
18 wird, ist die Frage, wann und wie dieser Krieg beendet werden könnte, als sachlich
19 behandeltes Thema in der Öffentlichkeit kaum präsent. Vorbereitungen für
20 Verhandlungen
21 fehlen offenbar. Hier ist ein Umdenken notwendig. Denn perspektivisch ist die Ko-
22 Existenz
23 der europäischen Staaten mit der Russischen Föderation alternativlos.

17 **Sprech-Fähigkeit wieder herstellen - Eskalation verhindern**

18 Nach einem halben Jahr Krieg und nach den verschiedenen Gipfeltreffen von EU, G-7,
19 NATO und
20 G-20 sollten nun, neben den Waffenlieferungen und Sanktionen, Vorbereitungen für
21 einen
22 international abgestimmten und multilateral getragenen Verhandlungsprozess
23 beginnen, auch
24 auf oberster politischer Ebene. In dieser zugespitzten Kriegssituation braucht es vor
25 allem
26 eine Sprech-Fähigkeit zwischen allen Beteiligten (also die Möglichkeit, wieder
27 miteinander
28 in substanzielle Verhandlungen treten zu können), also auch gegenüber der
29 gegenwärtigen

- 24 russischen Führung. Diese Sprech-Fähigkeit sollte auch für bestehende kommunikative
25 Formate
26 wie die verschiedenen G-7- und G-20-Treffen gelten.
- 26 Die Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität ist
27 zentral; zugleich gilt es, die Gefahr einer atomaren Katastrophe zu verhindern. Es kann
28 nicht ausgeschlossen werden, dass Russland - eine atomare Supermacht auf
29 Augenhöhe mit den
30 USA - taktische Atomwaffen einsetzt, um einen erzwungenen Rückzug oder eine
31 drohende
32 Niederlage abzuwenden. Auch das Risiko eines Atomkriegs aus Versehen ist real, z.B.
33 auf Grund
34 eines Fehlalarms. Die Zerstörungswirkungen eines Einsatzes von taktischen
35 Atomwaffen -
36 vergleichbar der Hiroshima-Bombe - können ein existenzielles Ausmaß annehmen,
37 gerade auch
38 für die Ukraine.
- 34 Die Hoffnung auf einen vollständigen militärischen Sieg der Ukraine durch umfassende
35 westliche Unterstützung ist verfehlt. Auch wenn ein derartiges Vorgehen gelingen
36 würde,
37 könnte Russland seine Armee entlang der ukrainischen Grenzen stehen lassen und
38 weiter das
39 ukrainische Territorium mit Raketen und Bomben beschießen. So würde die Ukraine
40 dauerhaft
41 destabilisiert. Um dies zu vermeiden, müsste im Gegenzug die Ukraine russisches
42 Territorium
43 angreifen. Das wäre mit einer gefährlichen Ausweitung des Krieges verbunden.
- 40 **Zeitfenster für Verhandlungen erkennen und nutzen können**
- 41 Die Frage ist nicht, ob Verhandlungen mit der russischen Führung angestrebt werden
42 sollten.
43 Diese Frage muss differenzierter gestellt werden: worüber soll wann mit ihr geredet
44 werden,
45 wie sollen diese Gespräche geführt werden und wer soll sie in welcher Rolle initiieren
46 und
47 moderieren.
- 45 Es gibt bereits diplomatische Lösungsvorschläge, die nur wenig Beachtung fanden,
46 u.a. den
47 Zehn-Punkte-Plan, den die ukrainische Delegation im Rahmen der ukrainisch-
48 russischen
49 Gespräche vom März 2022 in Istanbul vorlegte, oder das Ergebnis der Internationalen
50 Arbeitsgruppe, die auf Einladung des Vatikans im Juni 2022 Lösungen für einen
51 „gerechten und
52 dauerhaften Frieden in der Ukraine“ vorschlug.
- 50 Sollte es in den nächsten Wochen - auch durch die Waffenlieferungen und Sanktionen
51 - zu
52 einer echten militärischen Pattsituation kommen, könnte sich ein Zeitfenster für
53 Verhandlungen öffnen. Wann dies geschehen würde, ist kaum vorhersagbar. Daher

sollte jetzt

53 bereits vorbereitet werden, was dann schnell einsatzbereit sein muss: eine beidseitig
54 akzeptierte, multilateral mitgetragene und flexibel steuerbare Struktur für moderierte
55 Verhandlungen.

56 **Dilemmasituationen durch geeignete Verhandlungsführung überwinden**

57 Die ukrainische Souveränität steht politisch zu Recht im Zentrum, aber die
Verhandlungen
58 sollten auch darüber hinaus gehende Themen einbeziehen. Einiges spricht dafür, dass
mit
59 Russland nur im Paket mit übergeordneten Fragen sinnvoll verhandelt werden kann. So
könnte
60 die Macht des Stärkeren als einzige Logik für die Konfliktaustragung begrenzt und
61 zurückgedrängt werden. Die internationale Gemeinschaft auf UN-Ebene könnte den
Rahmen für
62 die Aushandlung offener internationaler Fragen gestalten und strukturieren.

63 Verhandlungen mit der russischen Führung – und schon der Weg dahin – können zu
64 Dilemmasituationen führen. Zum Beenden des Krieges braucht es früher oder später
eine
65 Verhandlungslösung. Bei anhaltender militärischer Stärke Russlands darf diese jedoch
nicht
66 auf Kosten der Ukraine gehen. Militärische Machtverhältnisse müssen das Ergebnis
von
67 Verhandlungen nicht vollständig und linear bestimmen. Militärische
Machtasymmetrien zwischen
68 Konfliktparteien können ausgleichbar sein, wenn neben den militärischen Logiken in
69 relevantem Ausmaß auch andere Interessen beider Seiten einbezogen werden.
Entscheidend ist,
70 dass mögliche Verhandlungen nicht zu einem russischen Friedensdiktat führen.

71 Eine international abgestimmte, multilateral getragene Vermittlungsinitiative mit
72 realistischer Zielsetzung könnte die Aufnahme von Verhandlungen ermöglichen. Im
ersten
73 Schritt ginge es um einen Waffenstillstand, im zweiten Schritt um einen
Friedensvertrag und
74 die Ko-Existenz beider Staaten; der Rückzug Russlands wäre klare Bedingung und die
Verfahren
75 wären eindeutig: die Ukraine entscheidet über ukrainische Hoheitsthemen, weitere
76 internationale Themen wären politisch verhandelbar.

77 Ein weiteres Dilemma besteht darin, dass offizielle Verhandlungen mit dem
Kriegsverbrecher
78 Putin seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, seine Machtansprüche und
Kriegsverbrechen
79 implizit legitimieren könnten, was in jedem Fall vermieden werden muss. Jedoch weder
das
80 Ausblenden von Kriegsverbrechen noch eine Straffreiheit Putins sind zwangsläufige
Folgen von
81 Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungen. Die o.g. Befürchtungen sind aber
berechtigt
82 und es muss ihnen in Verhandlungsprozessen bewusst entgegengewirkt werden.

83 **OSZE stärken**

84 Sicherheit lässt sich nicht auf militärische Stärke reduzieren. Es gilt weiterhin,
 85 langfristig eine neue nachhaltige europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur
 86 aufzubauen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
 bietet trotz
 87 des russischen Angriffskrieges – und trotz allen Reformbedarfs – eine wichtige Basis für
 eine
 88 mögliche Kooperation auch über politische Lagergrenzen hinweg. Das erfordert vor
 allem
 89 diplomatische Fähigkeiten und vertrauensbildende Maßnahmen. Die OSZE wurde
 bisher vom
 90 Auswärtigen Amt mit ca. 25 Mio. € jährlich gefördert. Sie müsste jedoch von den
 91 Mitgliedstaaten mit deutlich mehr Mitteln ausgestattet werden als gegenwärtig, damit
 ihre
 92 Potenziale ausgeschöpft und weiterentwickelt werden können. Im Koalitionsvertrag
 sind neue
 93 Initiativen für die Stärkung von Rüstungskontrolle und Abrüstung angekündigt. Dafür
 hat die
 94 OSZE wichtige Instrumente geschaffen. Diese gilt es langfristig zu stärken.

95 Die Debatte über Sicherheit muss sich von der Fixierung auf die militärische
 Dimension lösen
 96 und auch „menschliche Sicherheit“ in den Blick nehmen. Dazu gehört der Schutz der
 Menschen
 97 vor Kriegen, Krisen, Klimakatastrophen und Krankheiten und auch der Zugang zu
 Ressourcen und
 98 Lebensperspektiven, also etwa Ernährungssicherheit und -souveränität. Ausreichende
 Mittel
 99 für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit müssen bereitgestellt werden,
 um die
 100 Folgen des Krieges gegen die Ukraine und der Corona-Pandemie auf globaler Ebene zu
 101 bewältigen.

102 **Krisen und Kriegen weltweit vorbeugen**

103 Der Koalitionsvertrag bezieht sich auf die [Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte](#)
 104 [bewältigen, Frieden fördern“](#) von 2017 und kündigt zivile Planziele an. Gerade jetzt ist
 es
 105 wichtig, die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren auszubauen. Deutsche
 Politik
 106 sollte mithelfen, Brücken zu bauen, zwischen Menschen aus der Ukraine, Russland und
 Belarus,
 107 im westlichen Balkan und Südkaukasus, im Nahen Osten und in der Sahelregion.
 Deutschland hat
 108 dafür eine Reihe wichtiger Instrumente geschaffen. Es wäre fatal, wenn die
 beschlossenen
 109 militärischen Investitionen deren Ausbau behinderten.

110 Es gilt, Klimakrise, Pandemien und Artensterben aufzuhalten, gerechte
 Lebensperspektiven zu
 111 schaffen und Krisen und Kriegen weltweit vorzubeugen. Und für den

sozialverträglichen
 112 ökologischen Umbau unserer Gesellschaft müssen ebenfalls ausreichende Mittel
 vorgehalten
 113 werden. Auch das ist relevant für Sicherheit, denn der Zusammenhalt demokratischer
 114 Gesellschaften hängt auch davon ab, ob sie sich so schnell wie möglich von fossilen
 115 Energieträgern unabhängig machen können. Als Wertegemeinschaft wird sich die EU
 illiberalen
 116 und rechtspopulistischen Bestrebungen mit allen Mitteln entgegenstellen und die
 europäischen
 117 Demokratien gegen innere und äußere Feinde verteidigen müssen.

118 Längst geht es auch um die enormen Folgekrisen des Russland-Ukraine-Krieges,
 insbesondere
 119 den drohenden Welthunger infolge ausbleibender Getreideexporte. Diesbezüglich ist
 das neue
 120 NATO-Konzept der forcierten Aufrüstung kein Konzept, mit dem die Zukunft nachhaltig
 121 gestaltet werden könnte. In erster Linie profitiert der militärisch-industrielle Komplex,
 122 der schon jetzt angesichts der globalen Auftragsexplosion maximale Überprofite
 einfährt.

123 **Neuen Blockbildungen entgegen wirken - Die Klimakrise gemeinsam lösen**

124 Eine neuerliche Blockkonfrontation wie zu Zeiten des Kalten Krieges sollte unbedingt
 125 verhindert werden. Damals dauerte es fast 25 Jahre, bis nach dem Ende des Zweiten
 Weltkriegs
 126 die Phase der Entspannung einsetzte. Angesichts der drängenden globalen Probleme
 kann sich
 127 die Welt ein derartiges verlorenes Vierteljahrhundert nicht leisten. Nach schon jetzt 50
 128 untätig verstrichenen Jahren seit dem epochalen Bericht des Club of Rome von 1972
 und 30
 129 Jahre nach der Klimakonferenz von Rio de Janeiro 1992 steht die Welt an einem
 ökologischen
 130 Kipppunkt. Dürren und Waldbrände, Gletscherabgänge, das Schmelzen des polaren
 Eises wie das
 131 Auftauen des Permafrostbodens demonstrieren: Die Klimakrise, die zunehmend zu
 einer
 132 Klimakatastrophe wird, hat mit ihren vielen Toten und Geflüchteten längst
 Auswirkungen in
 133 den Dimensionen eines Krieges. Und das sind nur die Folgen der CO2-Belastung der
 134 Vergangenheit, die bereits jetzt irreversibel sind und die sich in den nächsten Jahren
 135 weiter verstärken werden. All das zeigt: Die Bekämpfung der Klimakatastrophe ist und
 bleibt
 136 die eigentliche Jahrhundertherausforderung – und jeder Krieg trägt massiv zur
 ökologischen
 137 Zerstörung bei. Auch deshalb muss der Krieg gegen die Ukraine so schnell wie irgend
 möglich
 138 beendet werden.

139 Außerdem muss die atomare Abrüstung wieder auf die Agenda gesetzt werden; denn
 Putins
 140 Eroberungskrieg wie das neue NATO-Konzept drängen das Thema in den Hintergrund.
 Die NATO
 141 sollte den Verzicht auf einen nuklearen Erstschatz erklären, um das Risiko einer

nuklearen
142 Eskalation zu verringern. Nach dem Ende des INF-Vertrags über das Verbot
landgestützter
143 nuklearfähiger Kurz- und Mittelstreckenwaffen und des **„Open-Skies“-Abkommens**
über
144 **militärische Beobachtungsflüge zwischen NATO-Ländern und Russland ist ein**
neuer Ansatz zu
145 Abrüstungsverhandlungen dringend geboten, auch angesichts der zunehmenden
Proliferation. Das
146 Abkommen mit Iran droht zu scheitern. Auch in dieser Hinsicht wäre eine neue
Blockbildung in
147 einer multipolar verfeindeten Welt verhängnisvoll.

148 **Die Rolle der Vereinten Nationen zur Überwindung der globalen Konflikte**
stärken

149 Die mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine sich zeigende Machtverschiebung vom
150 traditionellen Westen und von Russland weg zugunsten der Schwellenländer und des
globalen
151 Südens könnte die Chancen für eine diplomatische Lösung verstärken. Denn der Druck
der G-20-
152 Mitglieder aus dem globalen Süden für ein Ende der Kämpfe wächst. Afrikanische
Länder - wie
153 zum Beispiel Südafrika - erheben angesichts großer ökonomischer Abhängigkeiten,
154 inflationären Drucks und drohender Hungerkatastrophen die Forderung, zu einem Ende
der
155 Kämpfe zu kommen. Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor forderte
anlässlich des
156 G-7-Gipfels in Elmau im Interview mit dem ZDF vom 27. Juni 2022: „Die Welt hat eine
157 Verantwortung, für Frieden zu sorgen“. Und Brasiliens Präsidentschaftskandidat Lula da
Silva
158 kritisierte, die Sanktionen würden Millionen Menschen töten.

159 Im kommenden Jahrzehnt wird die Konkurrenz zwischen den Großmächten um
Einflusssphären
160 vermutlich mit unverminderter Härte fortgesetzt. Es ist notwendig, der weiteren
Zuspitzung
161 von Konflikten durch neue Initiativen zu Abkommen auf UN-Ebene zu begegnen, die
auch China
162 einschließen. Bestehende Konflikte müssen begrenzt werden, solange sie nicht
beigelegt
163 werden können. Und ohne eine Einbeziehung der Schwellenländer wird es keine
Lösung der
164 globalen Probleme geben, insbesondere nicht der völlig ungelösten Klimakrise. Aber
letztlich
165 bedarf es eines echten Multilateralismus und einer zentralen Rolle der Vereinten
Nationen.
166 Denn um die großen Menschheitsprobleme anzupacken, braucht die Welt
wirtschaftliche und
167 politische Kooperation.

Begründung

Hier einige Artikel, aus denen ich für meinen Antrag Aspekte übernommen bzw. Anregungen erhalten habe:

[Der Putin-Widerspruch der Deutschen und wie wir jetzt mit Russland reden sollten - FOCUS online](#)

[Stärkung der Armee auf Kosten ziviler Instrumente? | Brot für die Welt \(brot-fuer-die-welt.de\)](#)

[Die Hoffnung auf eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur nicht aufgeben | bpb.de](#)

[Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt.pdf \(ippnw.de\)](#)

[„Wenn wir ein Ende des Kriegs wollen, müssen wir mit den Feinden verhandeln.“ Die Erfahrung von Nelson Mandela. Wo sind unsere Initiativen für Verhandlungen?\[1\] | Prof. Dr. Hajo Funke \(wordpress.com\)](#)

[Osteuropa-Experte zum Ukrainekrieg: „Sanktionen können Armee stärken“ - taz.de](#)

[Neue Weltordnung: Rückkehr des Großmächtekonzernts? – Außen- und Sicherheitspolitik | IPG Journal \(ipg-journal.de\)](#)

[Debatte um deutsche Waffenlieferungen: Zwischen Skylla und Charybdis - taz.de](#)

[Putins Erfolg: Europas Natoisierung und die Verfeindung der Welt | Blätter für deutsche und internationale Politik \(blaetter.de\)](#)

weitere Antragsteller*innen

Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Thomas Mohr (KV München); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Martin Pilgram (KV Starnberg); Maria Regina Feckl (KV Erding); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Anne Franke (KV Starnberg); Rudi Lutter (KV München); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Berti Furtner-Loleit (KV München); Bernd Wipper (KV Bodenseekreis); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Günther Bieser (KV Ortenau); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Gerhard Klünder (KV Warendorf); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.